

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Jonny Michow.**
Wien. I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Februar 1919. N. 94.

Kartoffelabgabe. Freitag, Samstag und Montag werden im 4. Bezirk Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte A und B der neuen Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Kondensmilch. In der Zeit vom 2. bis 15. März wird an Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten 6. Lebensjahr holländische Kondensmilch in Dosen abgegeben. Die Abgabe beginnt am 3. März in allen Milchabgabestellen, bei denen die genannten Pflichtmilchkartenbesitzer rayoniert sind und hat jedes Kind vom vollendeten ersten bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre Anspruch auf je 5, die übrigen auf je 2 Dosen. Dieses Quantum entspricht jener Menge von Frischmilch, auf welche die erwähnten bezugsberechtigten Kinder bei genügender Milchlieferung innerhalb des obigen Zeitraumes Anspruch hätten. Die 5, bzw. 2 Dosen können auf einmal oder in Teilmengen bezogen werden. Der Preis für eine Dose beträgt K 3.50. Die Inhaber und Leiter sämtlicher Abgabestellen sind verpflichtet, bei jeder Abgabe von Kondensmilch eine der Zahl der verkauften Dosen entsprechende Anzahl der Tagesabschnitte der 107., bzw. 108. Woche, beginnend mit dem Montagsabschnitte der 107. Woche von der Milchkarte abzutrennen. Diese Kondensmilch bildet einen Ersatz für Frischmilch und erscheint daher ein Doppelbezug von Frisch- und Kondensmilch unzulässig. Die vorhandene Frischmilch bleibt den Kindern bis zum 1. Lebensjahre und den Kranken reserviert.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Februar 1919. N. 95.

Keine Verbesserung des Strassenbahnverkehrs. Die Verschärfung der Kehlener erlaubt keinerlei Verbesserung des Strassenbahnverkehrs, deshalb wird insbesondere vor einer grösseren Inanspruchnahme des Sonntagsverkehrs gewarnt.

Wiederbeginn des Schulunterrichtes um 8 Uhr früh. Ueber Verfügung des Bürgermeisters hat der Unterricht an den Volksschulen von Montag, 3. März und an den Bürgerschulen von Dienstag, 4. März angefangen wieder um 8 Uhr früh zu beginnen.

Eine Scheinwerferbeleuchtung. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Schmid über die eventuelle Einführung von Scheinwerferbeleuchtung der Strassen. Das Staatsamt für Heerwesen hat angeregt, im Falle auch notwendiger Einstellungen der öffentlichen Beleuchtung Scheinwerfer zur Strassenbeleuchtung zu verwenden und würden die Scheinwerfer samt der nötigen Bedienungsmannschaft von Scheinwerferbataillien in Jedlerssee beigelegt werden. Zur Verwendung sollen tragbare Glühlichtscheinwerfer von 35 cm Durchmesser und grosse elektrische Bogenlichtscheinwerfer von 110 cm Durchmesser verwendet werden. Die Beleuchtungsversuche ergaben, dass im äussersten Notfalle die erstgenannten Scheinwerfer Verwendung finden könnten. Der Berichterstatter stellte folgenden Antrag: Das Anerbieten des Staatsamtes für Heerwesen im Falle des Bedarfes Scheinwerfer für die Strassenbeleuchtung beizustellen wird mit bestem Danke angenommen. Das Stadtbauamt hat im Bedarfsfalle die nötigen Ver-

handlungen mit diesem Staatsamte einzuleiten und über deren Ergebnis dem Stadtrate zu berichten. Dem bei den Versuchen bezüglich der Eignung der Scheinwerfer zur Strassenbeleuchtung tätig gewesenen Herren Offizieren, dem Oberstleutnant Ullreich und Hauptmann Ing. Schneider, sowie dem Herrn Oberoffizial Radisch des Scheinwerferersatzbataillions wird der Dank ausgesprochen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 27. Febr. 1919.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen Gemeinderate Othmar Pean einen warm empfundenen Nachruf.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass der verstorbene Gemeinderat Dr. Paul Schulz letztwillig 10.000 Kronen für die Armen der Stadt Wien und Hatar Dr. Guido Müller 100 Kronen für die Armen des 3. Bezirkes gespendet haben.

Auf eine Anfrage der GR. Anitta Müller in der letzten Sitzung des Gemeinderates, betreffend die Ueberlassung des Platzes beim Hause Tabakstrasse 6b als Jugendspielplatz antwortet der Bürgermeister, dass dieser Platz hefeärarisches Gut ist und während des Krieges als Gemüsegarten des Augartenspitales in Verwendung stand. Mit Rücksicht auf das geringe Ausmass, der Platz beträgt ungefähr 400 Quadratmeter, eignet er sich wohl kaum als öffentlicher Spielplatz, könnte aber für die private Fürsorge und hauptsächlich für Kleinkinder in Betracht kommen. Das Jugendamt wird sich mit dem Verbands für freiwillige Jugendfürsorge in Verbindung setzen, um die Freimachung beim Heferar zu erwirken.

GR. Stangelberger verliest den Einlauf.

GR. Rummelhardt stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister gewillt sei, bezüglich bei den massgebenden Stellen zu intervenieren, dass von jeder Behinderung und einem Verbote des Hucksackverkehrs solange abgesehen werde, bis Wien durch entsprechende Regierungsmaßnahmen genügend mit Lebensmitteln versorgt ist.

Mir ist von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt, ich muss daher vorerst beim Ernährungsamt anfragen.

GR. Kehl stellt folgende Anfrage: Die Zahl der Kranken und der Säuglinge, die an der furchtbaren Milchnot in Wien sterben, wächst täglich. Es unglaublich es scheint, entspricht es doch den Tatsachen, dass eine bevorzugte Schichte der Bevölkerung in der Milchversorgung eine Ausnahmestellung einnimmt. So hält sich die Kostverwaltung der ehemaligen k.k. Landwehr Kadettenschule im 3. Bezirk Beerhavgasse nicht weniger als sieben Stück Kühe und einiges Jungvieh zur Aufzucht. Die Milch der Kühe wird nur für den Hausgebrauch verwendet und bekommen die jungen Herren täglich zum Frühstück Milchkaffee mit Wecken aus weissen Mehl. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, sofort diesem Skandal ein Ende zu bereiten, indem er vor allem dafür sorgt, dass die Milch dieser sieben Kühe an Kranke und an Säuglinge abgegeben und die Hausbäckerei eingestellt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Beantwortung dieser Anfrage bedarf umfangreicher Erhebungen, wem der Magistrat (städt. Landwirtschaftsamt) beauftragt wurde. Die deutschösterreichische Staatstiftungsschule (früher k.k. Franz Josefs-Militär-Akademie, III., Beerhavgasse 15) wird aus militärärztlichen Vorräten beliefert. Wegen Einstellung der Hausbäckerei, bzw. Erzeugung von Weissgebäck habe ich den Magistrat beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

GR. Untermüller fragt an: Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass die städtischen Arbeiter durch Drohungen veranlasst werden, der sozialdemokratischen Organisation beizutreten? Ist der Herr Bürgermeister geneigt dahin zu wirken, dass eine derartige terroristische Agitation zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei unterbleibt und gegen jene, welche durch solche Drohungen die Arbeiter beunruhigen, mit allen Mitteln vorgegangen wird?

Der Bürgermeister erwidert: Mir ist davon nichts bekannt, doch werde ich die volle Freiheit des Koalitionsrechtes wahren, solange ich noch Bürgermeister bin.

GR. Karl Richter weist in einem Interpellation darauf hin, dass am Samstag, 22. d.M. im Jubiläumspital der Gemeinde Wien ein Aerzte- und Beamtenträzchen abgehalten wurde, bei welchem allen Sparsmassnahmen kein gesprochen wurde. An diesem Träzchen nahmen nach meiner Information ca. 250 Personen teil, darunter mehrere Mitglieder des Appelltheaters, die zur Erheiterung der Festgäste beitrugen. Die Luste der Speisesaale, die sonst nur drei Glühlampen tragen, wurden mit je 12 Glühlampen und farbigen Lichteffekten ausgestattet und allen Lichteinschränkungen zum Trotz dauerte die Orgie bis 8 Uhr früh. Wein und Branntwein flossen in Strömen und für die weniger Trinkfesten unter den Festgästen wurde der Kriegspavillon eingerichtet. Besonders hervorzuheben muss werden, dass das Fest an der fleischlosen Woche stattfand und die ganze Bevölkerung kein Fleisch erhielt, während bei diesen Feste drei Fleischspeisen gereicht werden konnten. Im Gegensatz zu dieser Fülle an Lebens- und Genussmitteln ist es eine feststehende Tatsache, dass die Kranken und die Angestellten im Jubiläumspital schlechter gepflegt werden als in anderen Spitälern, so dass die Annahme nicht von der Hand zu weisen ist, dass solche Feste auf Kosten der Verpflegung der Kranken gehen, während gleichzeitig die Angestellten die ihnen gebührende Menge an rationierten Lebensmitteln nur unregelmässig erhalten.

Der Bürgermeister erwidert: Mir ist von diesen Verfällen nichts bekannt. Aus dem Berichte, den mir der Direktor erstattete, geht tatsächlich hervor, dass am 22. ds. Mts. eine derartige Unterhaltung stattgefunden hat. Es wurden die notwendigen Lebensmittel jedoch nicht aus dem Spitalverräter, sondern durch Vermittlung verschiedener Händler mit Erlaubnis der steierischen Landesregierung aus Ungarn nachweisbar bezogen. Ich finde in diesen Vorgang eine schwere Faktlosigkeit und kann dies nur aufs Tiefste bedauern, dass sich Beamte und Aerzte eines solchen Vorgehens schuldig machen.

GR. Meisel richtet betreffend die Wegschaffung vieler Waggons Fettes, das von der Fettzentrale beschlagnahmt wurde, in die Provinz, die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, vom Ernährungsamte genaue Ziffern zu verlangen, wieviel Fett und sonstige Lebensmittel von den in Wien beschlagnahmten Vorräten auf das flache Land geschafft wurden, um das gänzliche Versagen unseres Aufbringungsdienstes und die Schädlichkeit unserer Zentralenwirtschaft zu beweisen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich weiss die Zahl der Waggons nicht, und sie wurde mir bisher nicht mitgeteilt. Ich kann über diese Interpellation nichts anderes tun, als dass ich meinerseits das Volksernährungsamt interpelliere.

GR. Simon stellt folgende Anfrage: Schon vor Jahren wurde mit dem Fürsten Schwarzenberg wegen der Regulierung der Prinz Eugenstrasse durch die Gemeinde Wien verhandelt. Leider sind diese Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit des Fürsten gescheitert. Da nun die Regulierung dieser Strasse bereits zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, nochmals die Verhandlungen anzubahnen und mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass Fürst Schwarzenberg seinen Widerstand aufgibt und die Regulierung der Prinz Eugenstrasse endlich durchgeführt werden kann.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich habe schon vor Jahren im Auftrage des damaligen Bürgermeisters Dr. Luager in der Angelegenheit Verhandlungen gepflogen, die zu keinem Resultat geführt haben. Wie wir jetzt in Stadtrat die Verwertung hofräranischer Gebäude verhandelt haben, wurde neuerlich die Frage der Zurückverlegung der Mauer in der Prinz Eugenstrasse angeschnitten und ich habe den Herrn Stadtbauinspektor

beauftragt, die Verhandlungen wegen der Zurücksetzung der Mauer des Schwarzenbergparkes in der Prinz Eugenstrasse mit der fürstl. Schwarzenbergschen Verwaltung unverzüglich wieder aufzunehmen. Das Stadtbauamt hat hierauf sofort mit der fürstl. Schwarzenbergschen Administration in Wien Fühlung genommen. Da sich diese Stelle für sich allein in der gegenständlichen Angelegenheit zu bindenden Zusagen nicht berechtigt erklärte, hat das Stadtbauamt um die Delegierung eines Bevollmächtigten ersucht. Mit dem hierfür vom Fürsten ernannten Generaldirektor, der seinen ständigen Wohnsitz in Böhmen hat, wurde für den 22. Febr. d. J. eine Versprechung vereinbart. Infolge der von der tschechoslowakischen Regierung verfügten Grenzsperrung und Verkehrserschwerung war es dem Gemeindegewalt jedoch nicht möglich, zu diesem Zeitpunkte in Wien einzutreffen und wurden daher die Verhandlungen auf den 15. März verschoben. Ueber das Ergebnis derselben werde ich dem Gemeinderat rechtzeitig Bericht erstatten.

GR. Meissl weist darauf hin, dass sich die Landwirte über Arbeitermangel beklagen, während es in Wien Arbeitslose in grosser Menge gibt und fragt, ob dem Bürgermeister Massnahmen des Ernährungsamtes bekannt sind, die die Lösung dieser gewiss wichtigen Fragen anstreben.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir ist von solchen Massnahmen nichts bekannt, ich werde daher die Interpellation dem Ernährungsamte überreichen.

GR. Linder stellt folgende Interpellation: In der Gemeinderatsitzung vom 19. d. M. beantwortete der Bürgermeister meine Anfrage bezüglich der Waffenalagerung in der Knaben Bürgerschule 18. Bezirk Cottagegasse 17 damit, dass in der gesamten Schule keine Waffen sind. Nachdem in der Presse diese Anfrage als Gespensterscherei erklärt wurde, stelle ich fest, dass in der Knabenbürgerschule 18. Bezirk Cottagegasse 17 durch 3 Wochen 100 Gewehre und Bajonette nebst Ueberschwung eingelagert waren und erst im Auftrage des Polizei Präsidiums geholt wurden. Es wird daher gefragt, wer den Auftrag zur Waffenalagerung gegeben hat und was der Bürgermeister zu tun gedankt um in Zukunft auch richtig informiert zu werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich kann meine Informationen nur durch Erhebungen finden, welche ich durch den Magistrat pflegen lasse. Ich möchte nur aufmerksam machen, dass ich mich an die Polizei gewendet habe, mit der Anfrage, wer dort Waffen eingelagert hat, und dass ich bisher keine Antwort erhalten habe. In dem Augenblicke, da über die Interpellation Erhebungen gepflogen wurden, waren keine Waffen mehr vorhanden da sie durch einen Auftrag der Polizeibehörde inzwischen wegbeordert worden waren.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller stellt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung, in der auch die Frage der künftigen Stellung von Wien innerhalb Deutsch-Österreichs aktuell werden wird, die Anfrage, welche Massnahmen und Vorbereitungen seitens der Gemeindeverwaltung bisher getroffen wurden, um für die Ereignisse der allerersten Zeit gerüstet zu sein und ob der Bürgermeister geneigt sei, zur Vorbereitung und Durchführung der notwendigen Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Faktoren die Einsetzung eines Verfassungsausschusses der Gemeinde der aus dem Plenum des Gemeinderates zu wählen wäre, zu betreiben.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Gegenstand steht beim Magistrat in Behandlung und ich werde Sorge tragen, dass dem Gemeinderat nächster Zeit hierüber berichtet wird.

GR. Rummelhardt richtet auf Grund seines an der Gemeinderatsitzung vom 22. November 1918 gestellten Antrages, es möge die sofortige Pensionierung sämtlicher Angehörigen des Lehr- und Beamtenstandes der Stadt Wien, welche eine Dienstzeit von mehr als 35, bzw. 30 Jahren aufweisen, unter Anerkennung ihrer verdienstvollen Tätigkeit und Einbeziehung eines dem Verhältnissen entsprechenden Teiles der Kriegszulagen in die Pensionsbezüge und mit Gewährung der entsprechenden Feuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge zu den Ruhegehältern in der Weise, dass sie wenigstens in der Zeit der anhaltenden Teuerung keine Einbusse in ihren Gesamtbezüge erleiden, die Anfrage, in wie weit diese gestellten Anträge bereits durchgeführt sind, bzw. in welchem Stadium der Durchführung sie sich befinden.

BGM. Dr. Weiskirchner antwortet, dass bei der grossen Tragweite und der Wichtigkeit des Antrages es am entsprechendsten erscheint die Behandlung des Antrages dem in der letzten Gemeinderatsitzung zur Vorbereitung der weiteren Massnahmen zugunsten der Angestellten gewählten Komitee vorzubehalten, was gewiss auch im Sinne der allgemeinen Wünsche der Beamten und Lehrerschaft gelegen ist.

GR. Herold verweist in einer Interpellation darauf, dass die Fischerei durch eine rationelle Abfischung der Donauwässer in der Laabau, die sehr fischreich sein, heben werden könnte.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: In der Laabau und im Lainzer Tiergarten sollen sich allerdings verlässlichen Nachrichten zufolge grössere Fischbestände befinden. Doch untersteht die Bewirtschaftung dieser ehemals kaiserlichen Teiche dem Staatsamte für Volksernährung. Eine Abschrift dieser Interpellation wird beim Staatsamte für Volksernährung mit der Bitte um Veranlassung der Abschnürung dieser Teiche vorgelegt werden.

GR. Simon fragt, unter Hinweis auf die ungebührliche Beerdigung verstorbener Krieger im Zentralfriedhofe, ob dem Bürgermeister diese Zustände bekannt sind und ob er gewillt ist, Abhilfe zu schaffen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Nach dem Zusammenbruche der Armee sind die früher von der Militärverwaltung zur Abtragung der Kriegerleichen im Zentralfriedhofe beigegebenen Mannschaften einfach nicht mehr erschienen und kam etwa auch seither trotz wiederholter Ersuchen an das Staatsamt für Heerwesen die Beistellung von Militärmannschaft nicht mehr erreicht werden. - Die Gemeinde musste daher, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, die zweifellos der Heeresverwaltung obliegende Pflicht übernehmen und selbst für die Abtragung der Kriegerleichen sorgen. Derzeit besorgt die städtische Leichenbestattung diesen Dienst, die einen hierzu eigens hergerichteten Wagen benützt, um jene Leichen, die von Leidtragenden nicht begleitet werden, abzuführen.

Leichen, die von Leidtragenden begleitet werden, werden von den Trägern der Leichenbestattung zur Kriegergrabstätte getragen. Es könnte sich also nur ausnahmsweise und infolge besonderer Umstände ereignen haben, dass Leidtragende hinter dem Wagen einhergehen mussten. Die Klage über die Verwendung schlechter Särge und insbesondere über die Verwechslung der Sargdeckeln ist verlauf berechtigt und hat dem Magistrat auch schon wiederholt Anlass zu mit dem Ersuchen um Abhilfe verbundenen Beschwerden an das Staatsamt für Heerwesen gegeben. Diese Angelegenheit entzieht sich aber der unmittelbaren Einflussnahme der Gemeinde, da die Särge von der Heeresverwaltung beigegeben werden.

GR. Schäfer betont, dass es notwendig sei, dass jeder Wiener Gastwirt, um nicht den Betrieb sperren zu müssen, der Grösse seines Betriebes entsprechend, die nötige Menge Wild aus den städtischen Gefrierräumen erhält und fragt, ob er geneigt ist, sofort die erforderlichen Verfügungen zu treffen, dass die entsprechenden Mengen an Wild der Genossenschaft der Wiener Gastwirte zur Verteilung an die Mitglieder zugewiesen wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die am und für sich äusserst geringe Wildanlieferung an die städtische Wildübernahmestelle habe Ende Jänner vollständig auf, so dass sich derzeit in den Kühlräumen der Grenzmarkthalle auch nicht ein Stück Wild befindet. Die Wildübernahmestelle der n.ö. Landesregierung verfügt zwar noch über einen Vorrat an Wildbret, der aber nach einem Schreiben des Landeshauptmannes zur Versorgung der Spitälner bereitgehalten werden muss. Die Gemeinde kann somit aus diesen Vorräten kein Wildbret erhalten. Was in der Laabau und im Lainzer Tiergarten erlegte Wild wird über Verfügung des Staatsamtes für Volksernährung der Vieh- und Fleischverwertungsgesellschaft zur Versorgung der Bevölkerung überlassen, jedoch unter Einrechnung in die wöchentliche Fleischquote.

GR. Baxa fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, im Interesse der derzeit massenhaft beschäftigungslosen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Bekämpfung der augenblicklich herrschenden Erwerbsnot bei der Regierung vorzusprechen und für die Aufhebung der Mieterschutzverordnung einzutreten.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass das Wohnungsamt nicht in der Lage wäre, unter den heutigen Verhältnissen Aufhebung der Mieterschutzverordnung zu befürworten. Eine derartige Aufhebung würde nicht die Wirkung haben, dass die Instandsetzungsarbeiten an den Häusern rascher für sich gehen würden. Auch nach der Mieterschutzverordnung ist der Hausherr in der Lage, diesbezügliche Kosten unter gewissen Voraussetzungen aufzurechnen und es wird sogar aus Mieterkreisen die Klage erhoben, dass vielfach die Vernahme von Reparaturen zu teuersten Preisen mit der Wirkung einer dauernden Mietzinserhöhung erfolge. In einzelnen Fällen mag es zutreffen, dass das erforderliche Barkapital fehlt; dieses dürfte aber immer noch leichter zu beschaffen sein, als die heute noch vielfach mangelnden Materialien. Jenseitig ist der allfällige Nachteil in der unterbleiben möglicher Herstellungsarbeiten liegen mag, unvergleichlich geringer auszuwerten, als die unabsehbaren sozialen Folgen, welche die Aufhebung der Mieterschutzverordnung gegenwärtig haben würde.

GR. Baxa tritt in einer Anfrage angesichts der Beseitigung des erbgesessenen Bürokratismus dafür ein, sämtliche Bezirksgerichte der Verortsbezirke 12 bis 18 in das jetzt bestimmungslos gewordene Gebäude der Radetzkykaserne auf der Schmelz zusammenzulegen und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Anregung in dieser Angelegenheit an das Justizministerium weiterzuleiten und dort zu befürworten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass das Wehungsamt der Stadt Wien auch auf dem Standpunkte des Interpellanten stehe, dass Büroräume, welche in Zinshäusern und namentlich in Wohnungen untergebracht werden, aus diesen entfernt werden sollen. Ob die genannte Kaserne hierbei in Betracht kommt, lässt sich heute nicht sagen. Die Frage der Zusammenziehung der Bezirksgerichte wird nur nach Anhörung der Vertretungen der beteiligten Bezirke zweckmässig zu lösen sein. Die Anregung des Interpellanten wird an das Justizministerium befürwortend weitergeleitet werden. Allerdings müssen in dieser Frage auch die einzelnen Bezirke gehört werden, ob sie mit einer solchen Zusammenlegung einverstanden sind.

GR. Meissl interpelliert wegen der Herabsetzung der Dienstdauer der Mannschaft der städtischen Berufsfeuerwehr von 72 auf 24 Stunden und betreffend die Lohnregulierung und fragt, wann diese Forderungen den Gemeinderäte zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Bürgermeister erwidert, Die Kollegen Schner und Weigl haben sich in dieser Angelegenheit die grösste Mühe gegeben und langwierige Verhandlungen gepflegt. In der heutigen Stadtratsitzung ist darüber Bericht erstattet worden und die Interpellation des GR. Meissl ist somit verapötet eingelangt.

GR. Dr. Grün interpelliert in Angelegenheit des unzulänglichen Verkehrs jenes Bezirksteiles des 2. Bezirkes, der von Handelskai bis zur Stadlauer Brücke und von dort bis zum Winterhafen gelegen ist. Als Verkehrsmittel kommt dort nur die Donau Uferbahn in Betracht, die Wege seien in einem unwirtschaftlichen Zustande, so dass es den Bewohnern dieses Bezirksteiles äusserst schwer ist, nach Wien zu gelangen. Auch im Falle von Erkrankungen müssen die Bewohner weite Wege zur Apotheke und zum Arzt zurücklegen. Um den Bewohnern der in Rede stehenden Gegend entgegenzukommen, ist die Strassenbahnlinie bis zum Freudensauer Lusthaus errichtet worden, die aber zur Abwicklung des Verkehrs nicht genügt. In dem genannten Bezirksteile befinden sich 6 grosse Fabriken, 4 Lagerhäuser und zahlreiche andere Betriebe, welche von Arbeitern und Kunden aufgesucht werden müssen und es unterliegt ausser der mangelhaften Fürsorge für die Interessenten auch das Geschäftsleben allerlei Hemmungen. Es ist schon längst geplant, die Strassenbahnlinie am Handelskai oder in der Engerthstrasse hinauszuführen. Der Bürgermeister wird gefragt, ob der Gedanke, in kürzester Zeit, das ist bis zur beginnenden Saison in diesem Stadtteil die Strassenbahn zu verlängern, oder ob der bis zur Durchführung der Strassenbahnlinie einen Omnibusverkehr längs des Handelskais einzurichten wäre, damit die dortigen Bewohner endlich aus der Enge in die Stadt gelangen können.

Der Bürgermeister erwidert, Man ist wohl kein Zweifel, dass dieser Bezirksteil stark vernachlässigt ist, doch glaube ich wohl nicht, dass in der jetzigen Zeit Abhilfe zu schaffen sein wird. Im Uebrigen werde ich diese Anfrage als Antrag behandeln.

GR. Simon stellt folgende Anfrage: Der obere Teil des Belvederegartens mit dem Teiche, sowie der kleine ehemalige Menagiergarten sind noch immer für die Bevölkerung gesperrt. Da in der kommenden warmen Jahreszeit diese Gärten der Bevölkerung als Erholungstätten dienen könnten, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die notwendigen Verkehrswege zu treffen, damit die genannten Anlagen der allgemeinen Benützung zugänglich gemacht werden.

Der Bürgermeister erwidert: Ich werde diese Anfrage neuerlich an den Staatskanzler leiten.

GR. Wimmer stellt folgende Anfrage: Um den Ausgang der Wahl im 17. Bezirk für die provisorische Nationalversammlung für die Christlichsozialen günstig zu beeinflussen, liess die christlichsoziale Parteiorganisation kein Mittel unversucht, in den Kriegsküchen teilten sie christlichsoziale Spinnzettel aus und verlangten von den Armen, die ihr Essen von dort holen, dass sie ihre Stimme der christlichsozialen Partei geben; schon das ist ein Misbrauch öffentlicher Einrichtungen. Aber ein ärgerer Skandal war es, dass am Dieboldplatz in Hernals christlichsoziale Agitatoren, christlichsoziale Flugblätter mit Spinnzettel für die christlichsozialen Kandidaten und „Anweisungen zum unentgeltlichen Bezug von Kohle“, an die Wähler abgaben. Durch diese planlose Austeilung von Kohleanweisungen wird nicht nur die Gemeinde, sondern werden auch die Armen und Bedürftigen des Bezirkes geschädigt, weil durch diese Art der Ausgabe viele Bewohner in den Besitz solcher Kohle kamen, die sich Kohlen kaufen können. Diese Anweisungen stammen vom Armenapparat 100 des Armeninstitutes des 17. Bezirkes.

Der Bürgermeister erwidert: Mir ist von diesen Verfällen nichts bekannt, und konnte auch durch Erhebungen nichts festgestellt werden. Da die gewissen Kohlezettel an sämtliche Gemeinde-, Bezirks-, und Armenräte zur Austeilung abgegeben worden. Wenn die Verhältnisse der Interpellation richtig sind, so bedauere ich, dass aber auf den Ausfall der Wahl hat dies keinen Einfluss genommen.

GR. Amalie Seidl interpelliert über die im Durchhaus Wiedner Hauptstrasse 106 herrschenden Zustände, indem seit geraumer Zeit einige Waggons Zwiebel eingelagert sind, von denen ein Teil in Fäulnis übergegangen ist. Trotz des Einsprechens der Bewohner dieses Hauses wurde diesen Uebelstände nicht abgeholfen. Die Interpellantin fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die notwendigen Massnahmen treffen zu wollen, damit dieser Zustand beseitigt und die Schuldtragenden zur Verantwortung gezogen werden.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass diesen Uebelstände zum Grossteil schon abgeholfen sei und dass sich in dem genannten Hause nur noch ein kleiner Rest von verderbenem Zwiebel befindet und dass der dort beschäftigten Arbeitern angeschafft wurde, bis längstens Samstag, sämtliche faulen Zwiebel zu entfernen. Es ist dies eine Gewissenssicherheit von Lebensmittelhändlern.

GR. Amalie Seidl fragt, ob der Bürgermeister von dem Plane Kenntnis habe, dass ein Konservatorium die Hofstallungen und das Gebäude der ehemaligen königlichen ungarischen Garde anzukaufen beabsichtige und was der Bürgermeister zu tun gedenke, um die wegen dieser Gerüchte beunruhigte Bevölkerung tatsächlich aufzuklären. D

Der Bürgermeister erwidert: Ich habe mich an jene Stelle gewandt, welche nunmehr die Geschäfte des Oberstleutnantsamtes leitet und von einem derartigen Kaufabete oder einem Konservatorium nichts in Erfahrung gebracht.

GR. Dr. Danneberg stellt folgende Interpellation: Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen krankt daran, dass infolge des Abend- und Sonntagsunterrichts die Lehrerfolge nur gering sein können. Hat dies schon für die Zeit vor dem Kriege zugefallen, so ist es jetzt noch ärger geworden, da die Aufnahmefähigkeit der Gewerbeschüler infolge der andauernden Unterernährung sehr stark gesunken ist. Auch für die Lehrer ist der Abend- und Sonntagsunterricht jetzt eine noch grössere Plage als früher. Im Interesse einer guten Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses wäre es gelegen, dass man endlich den Sonntagsunterricht abgeschafft werde und der Unterricht in die Tagesstunden der Wochentage verlegt wird. Die Voraussetzung hierfür, die Beschaffung der Schullekale, kann für den Herbst umso eher bewerkstelligt werden, als die Zahl der Fortbildungsschüler während der Kriegszeit auf die Hälfte des früheren Standes gesunken ist und gegenwärtig die Möglichkeit vorhanden ist, Gebäude für den Schulunterricht in Anspruch zu nehmen, die früher nicht zugänglich waren.

Der Bürgermeister erwidert: Ich bin gerne bereit auf die Vertreter der Gemeinde Wien im Fortbildungsschulrat wegen dieser Angelegenheit einzuwirken. Mir ist auch bekannt, dass diese Herren selbst für den Tagesunterricht eintreten und dass in dieser Beziehung weitgehende Verhandlungen geführt worden. Ich habe den Herrn VB. Hess als Vorsitzenden des Fortbildungsschulrates hievon verständigt.

GR. Schür fragt, ob der Bürgermeister davon Kenntnis habe, dass in der Armeauspeisung Hernalser Hauptstrasse 26 das Essen nach dem 16. Februar also nach dem Wahltag aussergewöhnlich minderwertig zubereitet war. Die allgemeine verbreitete Meinung, dass die Verwalter dieser Auspeisung die dem Magistrat untersteht, aus Aerger über den Ausgag der Wahlen das sehr schlechte Essen bereiteten, scheint Tatsache zu sein.

Der Bürgermeister erwidert: Wenn ich der liebe Gott wäre und alles wissen möchte, wäre es mir ein Leichtes, die Interpellation zu beantworten. Mir ist von der Auspeisung in Hernals am 17. d.M. nichts bekannt, ich werde aber in dieser Angelegenheit genaue Erhebungen einleiten lassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass nach den Berichten der Kriegskücheninspektoren diese Auspeisestelle bisher klaglos gearbeitet hat und bemerke weiters, dass alle Küchen in der gegenwärtigen Zeit vor der fast unlösbaren Aufgabe stehen, mit wenigem und minderwertigem Lebensmitteln gut und schmackhaft zu kochen.

GR. Stangelberger beantragt, den Hernalsergürtel in Josefstädter- und den Währingergürtel in Alsergürtel umzubenennen.

GR. Angeli beantragt den Titel „Diener“ durch „Gehilfen“ (Amtsgehilfe, Bureaugehilfe etc.) oder bei den Schulen durch das Wort „Schulwart“ zu ersetzen.

GR. Spalovsky beantragt die Errichtung einer Filiale der Zentralsparkassa in 6. Bezirk.

GR. Spalovsky beantragt in der städtischen Feuerwache VI., Linke Wienzeile ist für sämtliche Räume, welche den Offizieren und Mannschaftspersonen zum Wohnen oder zum Aufenthalt zugewiesen sind, Dampfheizung an Stelle der Gasheizung einzurichten.

GR. Dr. Alma Seitz bringt im Nachhinein an einem in der letzten Gemeinderatsitzung gestellten Antrag folgenden Zusatzantrag ein: Da die Gehaltsverhältnisse der definitiven Fürsorgefrauen des städtischen Jugendamtes, die im Kanzlistenstatus 2. Klasse steht, in gar keiner Weise jene materielle Grundlage sichern, welche die soziale Stellung dieser Frauen voraussetzt, auch nicht im Verhältnis stehen zu dem Aufwand an Zeit und Mühe, welchen ihr Dienst mit sich bringt, endlich auch die Fachverbildung der Fürsorgefrauen nicht gebührend einschätzen, soll mit der Systemisierung für die in Rede stehenden Fürsorgefrauen die Aufstellung eines eigenen Gehaltsschemas für das Definitivum parallel gehen, welches in der Anlage des Grundgehaltes auf die Stellung und Arbeitsleistung der Fürsorgefrauen, im Ansatz von Teuerungszulagen auf die derzeit schwierigen Lebensverhältnisse Bedacht nimmt.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBGM. Rain berichtet über den Beitritt der Gemeinde der deutsch-österreichischen Fischeinfuhrgesellschaft, der die Gemeinde mit einer Stammeinlage von 200000 Kronen beitritt und die ihr vorbehaltenen Vertreter in die Organe der Gesellschaft entsendet.

VBGM. Rain berichtet über die Genehmigung von 97404.-- Kronen als Kosten für die Aufstellung der St-rohaufschliessungsanlage im städt. Elektrizitätswerke in der Engerthstrasse.

Nach einem Berichte des GR. Heindl werden dem Verein „Werk des heil. Philipp Neri“ über sein Ansuchen die im Jahr 1919 auflaufenden Beheizungs- und Beleuchtungskosten nachgesehen.

Nach einem Berichte des GR. Hellmann wird dem Verbands des n.ö. Zentralkinderheimes die Bewilligung eines ersten Zuschusskredites von 150000.-- Kronen erteilt.

Dem Elternverein „Pestalozzi“ wird die Nachricht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Dauer des laufenden Schuljahres bei Benützung des Turnsaales der Knabenbürgerschule, II. Schwarzingerstrasse 4 erteilt.

Nach einem Berichte des GR. Dr. Kienböck wird der Ankauf von Sachgütern der Flüchtlingsfürsorge im Betrage von 260.000 Kronen genehmigt.

StR. Dr. Kienböck legt die bekannten Anträge auf Errichtung einer Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige vor, welche genehmigt werden.

Nach einem Berichte des Stadtrates Knoll wird dem Kindergarten St. Anna in Hirschstetten eine Subvention von 1720 K und dem St. Anna Kinderheim in Kagran eine solche von 1660 K bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Körber wird dem d.ö. Gewerbebund für das Jahr 1919 eine Subvention von 2000 K, ferner eine ausserordentliche Subvention von 8000 K bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Josef Müller wird die Uebernahme des Truppen-Übungsplatzes in Atzgersdorf für den Südwest-Friedhof vom Staatsamte für Heerwesen um den Betrag von 900.000 Kronen genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Paul Richter wird der Ankauf von 3 Baustellen in Fünfhaus um den Betrag von 163.000 Kronen genehmigt.

GR. Schmid berichtet über die Lohnerhöhung der Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke.

GR. Waldsam weist darauf hin, dass die christlichsoziale Arbeiterschaft mit erfolgter Lohnerhöhung nicht einverstanden ist, zumal der Arbeitsvertrag keinen Unterschied zwischen gelernten Professionisten

und Hilfsarbeitern macht. Die christlichsozialen Vertrauensmänner haben sich darüber aufgehalten, dass konnten sie die Gleichstellung nicht verhindern. Auch bedeutet die Gleichstellung keinen Vorteil für die Hilfsarbeiter. Redner beantragt eine Erhöhung der Wochenlöhne und stellt einen entsprechenden Zusatzantrag.

GR. Schorsch schliesst sich mit seinen Ausführungen dem Antrage des Vorschülers an und betont, dass die Lohnbewegung der städtischen Elektrizitätsarbeiter nicht die erste war. Es sei mehr als sonderbar, dass gerade in dem Momente als die städtischen Elektrizitätsarbeiter sich zu-

sammengeschlossen haben und eine Lohnbewegung durchführten, jetzt jene Herren kommen, die in den städt. Elektrizitätswerken an erster Stelle gestanden sind, jetzt entdecken, dass zu wenig für die Arbeiter gemacht worden ist. Wir verurteilen, dass die Arbeiter gezwungen werden, den sozialdemokratischen Organisationen beizutreten, aber erinnern Sie sich an den Spängler-Erlass, erinnern Sie sich, dass derselbe Bürgermeister der heute die Erklärung bezüglich der Koalitionsfreiheit abgegeben hat, zugegeben hat, dass im 10. Bezirke zwei Strassenbahner entlassen wurden, weil sie einem Theatervereine angehörten, der im Arbeiterheim Vorstellungen gegeben hat. Was den Antrag anbelangt, so sagt der Referent, dass die Kosten dieser Lohnbewegung dreieinhalb Millionen Kronen ausmachen und das ist die Antwort auf die Rede des GR. Waldsam, der ausführte, dass die Arbeiter nichts bekommen. Ich möchte noch betonen, dass gerade jene Arbeiter die gefragt wurden, was sie durch die Lohnbewegung mehr bekommen, erklärten, dass sie 50 Kronen in der Woche mehr erhalten. Was die Arbeiter jetzt bekommen haben, ist das, was die Arbeiter in der Privatindustrie schon längst bekommen haben. Erst jetzt, weil die Arbeiter zurückgefunden haben zu ihrer Klasse, ist es möglich, das zu erreichen, was sie längst hätten erreichen können. Was hier beschlossen wird, ist nicht das letzte, es bleiben noch andere Fragen, so der Urlaub, das Definitivum, die Krankenversicherung, u. s. w. offen. Redner bittet, den Antrag des Referenten und dem Antrage des GR. Waldsam anzunehmen.

GR. Waldsam erklärt zur tatsächlichen Berichtigung, dass das Memorandum der Elektrizitätsarbeiter älter ist, als das der Sozialdemokraten. Nach dem ersten Antrage der Direktion hätten viele Arbeiter nichts bekommen und dann erst ist der Zusatzantrag gemacht worden. Das beweist, dass die Lohnbewegung nicht ordentlich durchgeführt wurde.

Der Referent entgegnet dem GR. Schorsch bezüglich des Einwandes, dass die christlichsoziale Partei für ihre Arbeiter nichts getan hat, er möge sich die Protokolle durchlesen und er wird sehen, dass des Weiteren Lohnerhöhungen stattgefunden haben, bevor die Herren so zahlreich hier anwesend waren.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen und der Antrag Waldsam genügend unterstützt an den Stadtrat geleitet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verkündet, dass das Referat, betreffend den Bau der Strassenbahnlinie durch die Krotzbachstrasse nach Neustift am Walde vorläufig abgesetzt werde, um neue Verhandlungen mit der Staatsbahndirektion einzuleiten.

GR. Franz Siegel berichtet über die Pachtung, resp. Wiederverpachtung städtischer Gründe im 16. Bezirk durch die Firma „Oesterr. Industrie-Werke Warchalowsky, Eissler & Comp.“ den gestellten Stadtratsanträgen wurde zugestimmt.

VB. Reumann übernimmt den Vorsitz.

GR. Vaugoin legt die bekannten Anträge wegen Bewilligung einer Notstandshilfe, einer ausserordentlichen Aushilfe für die Heimkehrer und sonstige Massnahmen zugunsten der Angestellten der Gemeinde vor.

GR. Beermann verlangt, dass die Heimkehrer in ähnlicher Weise behandelt werden, wie die bereits genehmigten Anträge im Handlungsgesetz lauten und zwar, dass die bis 1. Juli 1915 eingerückten 120 % und die später eingerückten 100 % der üblichen Kriegszulagen in ihren Gehalt einbezogen erhalten und ersucht, diesen längst gestellten Antrag unter einem zu verhandeln.

Nachdem der Referent erklärt hatte, dass über diese Angelegenheit im Komitee gesprochen worden sei, werden die vorliegenden Stadtratsanträge angenommen.

StR. Spalowsky berichtet über die Gewährung eines Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung seitens der Gemeinde Wien und stellt die bekannten Anträge.

Frau GR. Gabriele Walter weist auf die weiblichen Hausbediensteten hin, die bei vorübergehender Stellenlosigkeit oft nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Es bestehen allerdings Heimstätten für stellenlose Dienstmädchen, die aus Privatmitteln erhalten werden, aber zu wenig sind. Es muss eine grosszügige Aktion geschaffen werden, die der Staat in die Hand zu nehmen hat. Um die stellenlosen weiblichen Hausbediensteten vor sittlicher, körperlicher und materieller Verwahrlosung zu bewahren, regt Rednerin an, ein freierendes öffentliches Gebäude zu diesem Zwecke einzurichten. (Beifall rechts)

GR. Sedlak tritt dafür ein, dass jeder, der unverschuldet als Arbeitswilliger um sein Brot kommt, so gestellt wird, als ob er arbeiten könnte, doch dürfe diese Fürsorge nicht zu einer Verleitung zur Flucht von der Arbeit werden. Er stellt deshalb den Zusatzantrag: Die Gemeinde Wien nimmt die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Fürsorge, welche endlich die Arbeitspflicht festsetzt, in der Erwartung zur Kenntnis, dass deren strikte Durchführung durch entsprechende Verfügungen verbürgt wird. Die Gemeinde Wien nimmt für sich das Recht auf entsprechende Vertretung in den industriellen Bezirkskommissionen in Anspruch, welche die erwähnte Vollzugsanweisung des Staatsamtes zur Entscheidung in strittigen Fragen der Arbeitslosigkeit und Arbeitspflicht vorsieht. Redner macht schliesslich auf die Flucht nach Wien aufmerksam. Ein Beweis, dass diese Flucht von Allen gefürchtet wird, sei die einmütige Annahme des vom VB. Reumann im Stadtrate vertretenen Antrages, der Zuwanderung durch eigenen Aufruf zu begegnen. Im Stadtrat ist aber noch ein zweiter Antrag, der vom StR. Schmid angenommen worden, der wirksamere Mittel gegen die Flucht nach Wien anwenden will. Von einer Durchführung dieses Stadtratsbeschlusses kann aber noch nicht gesprochen werden. Er fragt den Referenten, was mit diesem zweiten Antrag geschehen ist.

GR. Pick erblickt in den Stadtratsanträgen mit Genugtuung den Umstand, dass den unverantwortlichen Verleumdungen, mit denen man die Arbeitslosen als Arbeitsscheue bezeichnet, ein Ende gemacht wird. Die Unterstützung des Staatsamtes in ihrer Höhe ist eine ungewohnte und doch müssen wir uns eingestehen, dass 6 Kronen bei den heutigen Preisen nicht genügen können zur Arbeitslosigkeit zu verleiten. Wir haben es nicht mit Arbeitsscheuen, sondern mit Unglücklichen zu tun, doppelt unglücklich, weil diesmal die Arbeitslosigkeit nicht von ihnen verschuldet ist. Wir sind der vollkommenen Ueberzeugung, dass die Arbeitslosigkeit erst mit dem Verschwinden der heutigen Wirtschaftsordnung ein Ende finden wird, bis es wieder zur Wahrheit wird, dass der, der arbeiten soll, auch zu essen bekommt. Der jüngste Erlass des Staatsamtes für soziale Fürsorge spricht nicht von Arbeitspflicht und Arbeitszwang. Wir sind auch dafür, doch vor al-

ndern muss die Arbeit befreit werden vom Kapitalszwang, es muss die Arbeit aufhören eine Lohnarbeit oder Frohnarbeit zu sein, zugunsten des Wohllebens der Kapitalisten. Von der Flucht nach Wien soll auch nicht gesprochen werden, da die Gemeinde Wien, deren Existenz in Frage gestellt erscheint es vor allem nötig hat, alle Tore aufzureissen. Auch soll die Arbeitslosenunterstützung nicht als Almosen gegeben werden, sondern aus Erkenntnis unserer sozialen Pflicht. Ich betone ~~das~~ bei dieser Gelegenheit dass durch die Erhöhte Unterstützung die grosse soziale Gefahr etwas eingedemmt ist, muss aber auch hier noch aussprechen, dass von nun an alle Unternehmer Wiens und des ganzen Staates weder Entlassungen, noch Kündigungen von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen haben, um der Zunahme der Arbeitslosigkeit zu steuern. Insbesondere wären derartige Massnahmen seitens jener Unternehmer zu vermeiden, wo die momentane Arbeitsstagnation von vorübergehender Dauer ist. Daher beantrage ich, dass die Gemeindervertretungen die Unternehmer aller Art die Mahnung erteilen, sie mögen in Anbetracht der grossen sozialen Gefahren bei Anwachsen der Arbeitslosigkeit weitere Entlassungen von Arbeitern und Angestellten unterlassen. Mehr auslegen, die durch das Fortzahlen der Löhne und Gehälter erwachsen, stehen in keinem Verhältnis zu der Notlage, welche Arbeitslose trotz einer ihnen gewährten noch so hohen Unterstützung geraten. Dem weiteren Umsichgreifen der Arbeitslosen zu steuern, ist für jedermann zu einer unausweichlichen sozialen Pflicht geworden.

GR. Schmid antwortet auf die Frage des GR. Sedlak, dass es sich darum gehandelt habe, den Zuzug nach Wien einzudämmen, weil die Notlage eine grosse ist. Eine papierene Warnung hätte da keinen Erfolg gehabt, und ich habe mich daher zu dem schärferen Antrage entschlossen, der dahin geht, dass die Flüchtlinge, die über die Grenze kommen, angehalten und wenn notwendig in Internierungslagern zurückgehalten werden sollen und dass man Flüchtlinge, die sich zu vielen Tausenden in Wien befinden auf Grund des § 17 des Gemeindestatutes entfernen könnte. Auch solle bezüglich der Verteilung von Lebensmitteln in erster Linie auf die einheimische Bevölkerung gesehen werden. Der Magistrat hat die nötigen Schritte bei der Regierung eingeleitet und Eingaben an den Staatskanzler und die Polizeidirektion gemacht. Die Polizeidirektion hat auch schon geantwortet, dahin gehend, dass sie einer Perlustrierung der Flüchtlinge geneigt ist. Tatsächlich sind auch die Unterstützungen für die Flüchtlinge gekündigt worden und werden am 15. März eingestellt werden.

GR. Weigl erklärt, dass sich der Uebergang von der Kriegs- zur Friedensindustrie langsam vollzogen hat, weil uns die notwendigen Rohmaterialien, vor allem Kohle fehlen. Solange die Blockade nicht aufgehoben ist und die wirtschaftlichen Verbindungen mit unseren umliegenden Ländern nicht hergestellt sind, wird ein Abnehmen der Arbeitslosigkeit nicht zu bemerken sein. Am 10. Februar d.J. betrug die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen 114.905, die derzeit aber auf nahezu 130.000 gestiegen ist. Bis 23. d.M. wurden ungefähr 36 Millionen an Unterstützungen aufgewendet. Da muss wohl die Meinung Schweigen, dass es Arbeitsscheu ist, die diese Zahl hervorbringt. Die Anregung des Genossen Pick an die Unternehmer heranzutreten, ist sehr berechtigt. Ich will hier nur die Firma Julius Meinl nennen, die 130 Menschen entlassen hat, nachdem die Konjunktur aufgehört und die zu keinen Vereinbarungen bereit war. Auch darf nicht vergessen werden, dass die vierinhalb Kriegsjahre nicht dafür eingerichtet waren, dass der Arbeiter sofort wieder in Fabrikarbeit eintreten kann. Was die Arbeitspflicht betrifft, so will ich bemerken, dass es keine Leute gibt, die sich weigern, Arbeit anzunehmen. Die Furcht vor der Arbeitsscheu der Massen,

ist ein Schlagwort. Wir können keine Arbeit beschaffen, weil sie nicht da ist und weil es einen erheblichen Prozentsatz von Unternehmern gibt, die glauben, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, solche Dinge zu fördern und vor einem solchen Vorgehen erscheinen die Arbeitslosen teilweise gesichert. Die Arbeit, die zugewiesen wird, muss auch eine solche sein, dass sie die zukünftige Existenz nicht gefährdet. Alle Dinge, die über die Arbeitsscheu gesprochen werden, entbehren sicher jeder Grundlage und ich darf der Meinung Ausdruck geben, dass wir bei dem, was jetzt geschieht, nicht stehen bleiben dürfen, sondern dass es auch Aufgabe der Gemeinde sein wird, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Wir werden für den Antrag stimmen, da wir uns unserer sozialen Pflichten bewusst sind.

GR. Schreier bemerkt, es wäre kein Wunder, wenn vielleicht ein kleiner Teil der Arbeitslosen arbeitsunwillig wäre, nachdem diese im Lriege zur Arbeitsscheu erzogen wurden. Die Unternehmer haben heute mehr als je soziale Pflichten gegenüber den Arbeitern. Ein eigenartigen Standpunkt habe GR. Sedlak heute hier vertreten. Aus ihm spreche ein reaktionärer Geist. Wien dürfe weder einen Zuzug verhindern, noch Studenten von dem Besuche der Hochschulen ausschliessen. Das deutsche Wien müsse zu allen Nationen sprechen. Wien muss jetzt international werden. (Lebhaftes Zwischenrufe des GR. Hödl: Deutschnational muss es werden). Wien muss streben, eine kulturelle Stätte für alle Gebiete zu sein.

GR. Strobl: Ich möchte es gern vermieden sehen, dass Arbeitslosen-Unterstützungen von Leuten bezogen werden, die nebstbei arbeiten. Dieser Umstand sollte behördlicherseits aus der Welt geschafft werden und deshalb wünsche ich im Interesse der ehrlichen Arbeiterschaft, dass eine klaglose Kontrolle über jene durchgeführt wird, welche die Arbeitslosen-Unterstützung beziehen.

StR. Spalowsky wendet sich in seinem Schlussworte dagegen, dass man aus einzelnen Vorkommnissen auf einen allgemeinen Zustand der Arbeitssachen einen Schluss zieht und bemerkt, dass bei Statuierung der Arbeitspflicht nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern von allen Staatsbürgern diese verlangt werden muss. (Zustimmung). Der Redner wendet sich gegen die Forderung des GR. Schreier, dass Wien eine internationale Stadt werden müsse; Wien werde ebenso wie Paris eine nationale Stadt bleiben, aber gewiss immer die Gastfreundschaft wahren. (Lebhafter Beifall rechts)

Bei der Abstimmung werden die Stadtratsanträge angenommen, die Anträge Sedlak und Pick unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Spalowsky berichtet über die Einführung der 48 Stunden-Woche in den städtischen Steinbrüchen in Oberösterreich und über die dem Arbeitspersonal in diesen Brüchen gewährten Löhne und Teuerungszulagen.

GR. Brener: So sehr ich das Referat begrüsse, so finde ich zu meinem Bedauern darin eine Bestimmung, die dem Geiste des Stadtratsantrages zuwiderläuft. Es wird unter III für alle Arbeiter, die während der Kriegszeit in den Steinbrüchen gearbeitet haben für diese Arbeitszeit eine Vergütung zugesichert, die in einer Zurechnung der Dienstjahre durch die Pensionsansprüche gipfelt. Dieser Punkt ist gewiss begrüssenswert, aber anschliessend befindet sich ein Absatz, der diese Bestimmung bedeutend abschwächt und jene Arbeiter, die im Jahre 1910 im Streik gestanden sind, dieser Anerkennung verlustig macht. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Arbeiter damals nur um die Anerkennung ihrer

Ansprüche kämpften und stelle daher den Antrag, den Absatz 2 des Punktes III zu streichen.

GR. Siegel: bemängelt, dass in Punkt I des Antrages nicht der zweite Teil des Vertrages, nämlich der Verband der Steinarbeiter genannt wird. Er soll in der Vorlage ausgedrückt werden, im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrages und da man nicht einsehen könnte, dass sich die Gemeinde schämen soll, mit einer Arbeiterorganisation einen Vertrag geschlossen habe. Er schliesst sich dem Antrag des Vorredners an, da sonst für Streikbruch eine Prämie ausgesetzt wäre und beantragt, die Steinbrüche im moderntechnischen Art auszugestalten, insbesondere durch Einführung der Pneumatischen Bohrung, die Errichtung von fahrbaren Kränen, durch die Verwendung von Lastauto und die Errichtung von Schlepplbahnen. Ebenso wären die Werkstätten auszugestalten und die Frage des Baues von Arbeiterhäusern in Erwägung zu ziehen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters Stadtrates Spalowsky wird der Stadtratsantrag angenommen, der Antrag Siegel unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

StR. Tomola beantragt, den Arbeitsausschuss zur Herausgabe des historischen Atlases der Stadt Wien zur Ermöglichung der sofortigen Durchführung der Drucklegung eine neuerliche ausserordentliche Subvention von 5000 Kronen zu bewilligen.

GR. Hödl. Ein Vertreter einer bestimmten Partei hat früher die Ansicht ausgesprochen, dass Wien international werden müsse. (Lebhafter Widerspruch des GR. Schreier) Unsere Universität muss den deutschen Charakter wahren. (Lebhaftes Zwischenrufe des GR. Dr. Hein) Was sich hier breit macht, ist nicht mehr deutsche Kultur. Wir haben vor der Universität Szenen erlebt, die für den deutschen Charakter dieser Stadt beschämend waren. Deshalb wünschen wir den Anschluss an das deutsche Reich, dass wir national geeint und gestärkt werden.

GR. Schreier: Es war nicht meine Absicht den Gemeinderat mit einer Rede aufzuhalten, wenn es nicht der GR. Hödl für notwendig gefunden hätte, eine Verleumdung meiner Rede zu machen. Wir vertreten die Anschauung, dass Wien eine Fremdenstadt grossen Stiles mit internationalen Charakter wird, wie es alle anderen Grossstädte sind. Es ist zweckmässig, dass an der deutschen Universität in Wien deutsche Kultur und deutsche Bildung aufkommen und in die Welt verbreitet werden. Ich wusste nicht, dass man sich hier mit Drahtzäunen gegen Verleumdungen umgeben muss. (Zwischenrufe „ Oho ") Wir alle wünschen, dass Wien eine deutsche Stadt bleibt, aber wir wollen nicht, dass Wien abgesperrt wird und mit einer deutschnational chinesischen Mauer umgibt.

Hiernach wird der Referentenantrag angenommen.

VN. Hain übernimmt den Vorsitz.

GR. Tomola beantragt dem Verbands für freiwillige Jugendfürsorge für die laufenden Auslagen pro 1913 einen Beitrag von 10.000 Kronen, und für die Erweiterung der Jugendfürsorgemaßnahmen einen solchen von höchstens 100.000 Kronen zu bewilligen. (Antonnamen)

GR. Tomola beantragt, dem Zentralverein zur Orientierung und Erhaltung von Knabenhorden in Wien für das Jahr 1913 einen Betrag von 100.000 Kronen zu bewilligen.

GR. Speiser: beängelt die Zustände in den städtischen Knabenhorden und tritt für umgehende Einführung der notwendigen Reformen ein, darunter: Auflassung der Blechmusik, der Aufzüge und Ausrückungen, Abschaffung der Regiebeiträge, Beschaffung ordentlicher Beschäftigungsmittel, wie Werkzeuge, Spiele und Bücher und Lösung der Lokalfrage. Schulzimmer sind ungeeignet. Turnsäle und eigentliche Hortlokale müssen geschaffen werden. Weiters verlangt der Redner Strassenbahnfreikarten für Ausflüge und die Vereinigung des Jugendfürsorgewesens, so dass die gesamte bedürftige Jugend derselben teilhaftig wird. Den Knabenhorden gemäß sind auch Institutionen für Mädchen zu schaffen. Die Hortlehrer haben im Hauptamt und nicht im Nebenamt zu wirken. Wir brauchen einzig ein wirkliches, geordnetes und volkstümliches Erziehungswesen, ein Erziehungswesen, das die Kinder der Arbeiterschaft als umfasst, sie vor den Gefahren der Strasse stützt und ihnen eine freundliche Jugend bereitet. Den heutigen Antrag stimme er zu, nicht weil das Hortwesen in Wien vorbildlich wäre, sondern weil er gehört habe, dass die erhöhte Subvention insbesondere dazu bestimmt sei, für die Erhöhung der Lehrergehalte vorzusorgen.

VN. Hoss übernimmt den Vorsitz.

GR. Wawerka: Der ~~Vorredner~~ Vorredner ist nicht genau informiert, über die Entstehung und den Betrieb der städtischen Knabenhorden. Es wird jeder Zweig der erzieherischen Tätigkeit eingehend gepflegt. Wir haben stets das militärische Turnen nur als Mittel zum Zweck, als Erleichterung der Aufstellung und Sammlung grosser Massen benützt. Es wurde nie eine byzantinische Erziehung gepflegt. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und des Kinderschutzes müssen wir soweit kommen, dass genau gesetzlich umschrieben ist, was geschehen muss und wer für die betreffenden Leistungen aufzukommen hat. So wie wir ein Reichsvolksschulgesetz haben, müssen wir auch ein Reichsschulhygiene-Gesetz und ein ~~Reichs~~ Reichsjugendfürsorgegesetz bekommen. Auf diesem Gebiete müssen sich alle ohne Unterschied der Partei zu gemeinsamen Wirken vereinen. (Beifall rechts)

GR. Angeli: Es ist leicht, die Knabenhorden ins Lächerliche zu ziehen,

wir haben sie nicht gegründet, um Paraden zu veranstalten, sondern wir wollten ehrlich und lediglich der Kinder der Strasse entziehen. Wir haben Ausflüge veranstaltet, ihnen Bäder, und Turngelegenheiten geschaffen und dann ist der Krieg entstanden, der alles zerstört hat.

GR. Br. Alma Seitz: Wenn Sie uns zum Vorwurfe machen, dass wir den Kindern treu dem Kaiser und dem Vaterlande zu sein gelernt haben, so liegt darin eine Ironie. Wenn wir den Grundsatz anwenden würden, den Sie anwenden, dann hätten Sie nicht die Gewähr dafür, dass Ruhe und Ordnung herrsche. Es ist kein Unglück, wenn die Jugend zur Treue und zum Glauben angelehrt wird, wir wollen die Jugend dazu erziehen. Die Gottesfurcht wollen wir den Kindern mitgeben auf ihren Lebensweg und die Sitteneinheit ist das Gebäude, auf dem sie die ganze gesellschaftliche Ordnung aufbaut. (Lebhafter Beifall)

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag angenommen.

Nach einem Antrag des Stadtrates Tomola wird dem Verein zur Pflege des Jugendspiels in Wien eine Subvention von K 30000. bewilligt.

Nach einem Antrag des Stadtrates Schwer wird dem Vereine für die Schlichte der Stadt Wien eine Subvention von 10000 Kronen bewilligt.

Stadtrat Schwer beantragt die Einführung der 24 stündigen Dienstdauer (bisher 72 Stunden) bei der städtischen Feuerwehr mit 15. April 1913.

Der Berichterstatter stellt eine Reihe von Anträgen für die Uebergangszeit vom 1. März bis 15. April, beantragt Bestimmungen im Falle der Dienstunfähigkeit eines Feuerwehrmannes, sowie für die Bemessung des Ruhegenusses. Nach den Anträgen werden die Fristen für die Erlangung des Definitivums und für die Zulässigkeit der Eheschließung von 6 auf 3 Jahren herabgesetzt, die Disziplinarvorschriften werden abgeändert, Mannschaftspersonen dürfen zu Reinigungsarbeiten und als Offiziersdiener nicht verwendet werden. Den Mannschaftspersonen der Feuerwehr wird bei Verleihung von Dienststellen der Vorzug eingeräumt.

Der Referent erwähnt schliesslich, dass durch diese Regulierung der Stand der Mannschaften sich fast auf das Doppelte erhöhen werde, sodass die Unterkünfte in der Zentrale und in den Feuerwachen nicht mehr ausreichen. Die Gemeindeverwaltung werde sich deshalb an die Staatsregierung um Ueberlassung eines geeigneten geeigneten Gebäudes wenden und in erster Linie sei hierfür das Hofstallgebäude ausersuchen.

GR. Weigl bezeichnet die Beschaffung von entsprechenden Kammerküchen als besonders dringlich und begründet es, dass in der heutigen Stadtratsitzung der Antrag angenommen worden ist, dass nunmehr den gewählten Vertrauensmännern der Feuerwehr die Möglichkeit geboten ist, mit ihrem Kommandanten direkt in Verbindung zu treten.

GR. Moisel beantragt für Verunglückte im Dienste untauglich gewordene Feuerwehrleute bei Berechnung der Pension die volle Dienstzeit anzurechnen, ebenso für die Hinterbliebenen die Pensionsberechnung in der Weise als hätte der Verstorbene die volle Dienstzeit erreicht. Ferner habe im Punkt 7 es zu heissen, nach zehn Dienstjahren muss die Mannschaft die definitiven Postenerhalten eine Berücksichtigung bei Bestzung solcher Stellen genüge nicht. Schliesslich beantrage er die Löschmeister den Unterbeamten gleichzustellen.

Die Referentenanträge werden sodann genehmigt, die Anträge Moisel dem Stadtrat zugewiesen und die Sitzung hierauf abgebrochen.